

Elternhäuser, haben Eliteschulen und Eliteuniversitäten besucht. Diese Schulen und Universitäten sind privat und verlangen enorme Gebühren. Für Kinder aus der ArbeiterInnenklasse sind sie unzugänglich.

Und auch wenn sie nicht aus reichen Elternhäusern stammen, erhalten sie durch ihre Tätigkeit Zugang zur Kapitalistenklasse. Die meisten Politiker bekommen während oder nach ihrer Amtszeit Spitzenpositionen in Unternehmen. Eines der bekanntesten Beispiele ist Altkanzler Gerhard Schröder (SPD). Nach seiner Amtszeit wurde er Aufsichtsratsvorsitzender bei der Nord Stream AG (Gazprom). Als er Kanzler war, war er mitbeteiligt daran, dass eine Gaspipeline von Russland nach Deutschland gebaut wurde. Für die Nord Stream AG.

Die Kapitalistenklasse ist sehr gut mit den Parteien, der Regierung und den Parlamenten vernetzt. Da-

bei sind die Personen austauschbar. Es geht ihnen darum langfristig ihre Interessen durchzusetzen und ihre Herrschaft aufrecht zu erhalten.

Die Personen im Parlament sind austauschbar!

Damit das den ArbeiterInnen nicht sofort sauer aufstößt, wird ihnen vorgegaukelt, sie selbst würden bestimmen. Indem sie ihre Vertreter selbst wählen, wird vermittelt, dass es auch um ihre Interessen ginge. Wenn der Unmut unter den ArbeiterInnen wächst, wird ihnen eben eine Alternative, wie die AfD, präsentiert. Die Alternative für Deutschland ist jedoch keinesfalls eine Alternative. Auch ihre Führungsleute kommen aus der Elite. Hans Olaf Henkel (Mitbegründer der AfD) ist zum Beispiel

der ehemalige Chef des „Bundes Deutscher Industrieller“.

Die Konzerne wetteifern auch untereinander um Parteien und einzelne Politiker für sich zu gewinnen. Nicht jedes Unternehmen, nicht jeder Industriezweig hat genau die selben Interessen. Es gibt nicht eine Bank, eine Versicherung, die den gesamten Bundestag oder alle Parlamente der Welt steuert. Die einzelnen Banken, Investment- oder Versicherungskonzerne spielen im Gesamtbild nur eine untergeordnete Rolle. Es ist also nicht eine geheime Gruppe (Wie die Rothschilds, die Bilderberger oder sonst wer) die alles bestimmt. Es ist nicht eine andere Bank oder ein anderer Konzern der alles bestimmt. Es ist ihre Klasse, die Kapitalistenklasse, die die Politik bestimmt. Denn sie eint das gemeinsame Interesse ihre Herrschaft aufrecht zu erhalten und einen Großteil der Bevölkerung zu unterdrücken und auszubeuten.

PERSPEKTIVE ONLINE

Unabhängiger Journalismus von unten: mehrfach täglich objektive Nachrichten und revolutionäre Kommentare.

www.perspektive-online.net

[fb.com/PerspektiveOn](https://www.facebook.com/PerspektiveOn)
t.me/perspektiveon
[instagr.am/perspektiveonline](https://www.instagram.com/perspektiveonline)

Vi.S.d.P.:

Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus i.G.
 Frankfurter Str. 18
 51065 Köln

PERSPEKTIVE MOBIL

Für tägliche Nachrichten direkt auf das Handy:

1. Für die Nummer 0151 75803785 einen Kontakt anlegen.
2. Nachricht per Whatsapp oder Telegram mit „Start“ schicken.
3. Nach einer Bestätigungsnachricht werden alle Artikel direkt auf's Handy geschickt.

Zum Austragen eine Nachricht mit „Stop“ schicken.

MITMACHEN & UNTERSTÜTZEN

Um unsere Projekte umzusetzen und dauerhaft realisieren zu können, sind wir auf die Unterstützung Vieler angewiesen.:

- Verteilen Sie selbst die Printausgabe von „Perspektive“ perspektive-online.net/abo/
- Schicken Sie uns ihre eigenen Nachrichten, Berichte, Artikel und Kommentare. info@perspektive-online.net
- Werden Sie Mitglied im „Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.“ perspektive-online.net/verein/
- Unterstützen Sie uns mit einer Spende. perspektive-online.net/spenden/

PERSPEKTIVE

Zeitung für Solidarität und Widerstand

Perspektive Nr. 6 | September 2017

www.perspektive-online.net

Werden Wahlen uns retten?

– Von Salomon Eiden –

Am 24. September ist es wieder soweit – die Parteien kämpfen um unsere Stimmen. Wegen der Wahl zum Bundestag hängen die Straßen voll mit farbenfrohen Plakaten von denen PolitikerInnen auf uns herab lächeln. Sie locken uns mit Versprechen nach mehr Wohlstand, Sicherheit, Bildung und Gesundheit.

Alle vier Jahre scheint es die PolitikerInnen wieder sehr zu interessieren was wir zu sagen haben und wollen unsere Probleme lösen. Jedes mal aufs neue sollen wir uns in die Warteschlangen an den Wahlurnen stellen und hoffen,

dass die zwei Kreuze die wir dieses mal machen ganz sicher etwas ändern werden.

Wie wäre es mit der CDU?

Die größte und am meisten gewählte Partei, ist aktuell die CDU/CSU (Christlich Demokratische Union) mit fast 40%. Aber würde sie wirklich unsere Interessen vertreten? Das kann man schnell herausfinden, wenn man sich einmal die im Parlament sitzenden Vertreter genauer anschaut. Von den 13 am besten verdienenden Abgeordneten im Parlament gehören 12 Personen zu der CDU. Sie

verdienen zwischen 250.000 Euro und 1.200.000 Millionen € im Jahr – zusätzlich zu den monatlichen 10.000€ für die Abgeordneten. Ob sie wohl Politik für ArbeiterInnen und arme Menschen machen?

Oder der SPD?

Die SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands) versucht sich auch heute noch als Partei der ArbeiterInnen auszugeben. Dabei hat eben diese Partei die Agenda 2010 vor knapp fünfzehn Jahren – und damit Hartz IV und Leiharbeit eingeführt. Heute können wir sehen, was uns das gebracht hat: eine immer größer werdende Schere zwi-



schen arm und reich. Können wir von ihnen wirklich eine Veränderung der eigenen Politik erwarten?

Vielleicht lieber die „Grünen“?

Noch immer stellen sich die Grünen als eine Partei des Friedens dar. Doch waren es die Grünen, die den ersten Angriffskrieg der Bundesrepublik im Jahr 1999 in Kosovo mit anführten. Heute sind sie vorne mit dabei wenn es um Krieg im Ausland geht. Mit der Umwelt nimmt man es auch nicht mehr so genau. So durfte der Chef von Klimaschädling „Daimler“ (Mercedes-Benz) Dieter Zetsche dann auch auf dem letzten Parteitag der Grünen ausgiebig seine Zukunftspläne vorstellen. Aber wie soll man denn mit den größten Klimaverschmutzern das Klima retten?

Oder doch die AfD?

Die AfD versucht gezielt den „kleinen Mann“ zu gewinnen, der nach einer „Alternative“ sucht. Doch nicht mal den vertritt sie wirklich – Sie macht rigoros Politik für Reiche. Die AfD will unter anderem die Erbschaftssteuer und die Vermögenssteuer abschaffen, sowie den Spitzensteuersatz auf 25% senken. Damit würden Spitzenverdiener noch weniger Steu-

ern zahlen. Dass sich mit solchen Forderungen keine ArbeiterInnen mobilisieren lassen ist klar. Deshalb nutzt sie den Rassismus um die Wut von den Kapitalisten abzulenken und auf diejenigen Teile der ArbeiterInnenklasse zu richten, die die schlechtesten Jobs machen oder machen werden – Geflüchtete und MigrantInnen.



Dann „Die Linke“?!

Natürlich hat die „Linke“ positive Forderungen wie die Abschaffung von Hartz IV oder der Erhöhung des Mindestlohns. Doch auch wenn Menschen Hoffnungen in diese Partei setzen: da wo sie an die Regierung gekommen ist, wie in Berlin und Thüringen konnte man gegenüber SPD und Grünen nur kosmetische Unterschiede sehen. Auch sie stimmen Sozialkürzungen zu und bauen Überwachung aus. Heute bereiten die Spitzen der Linkspartei sich bereits auf ein rot-rot-grünes Bündnis vor.

Dafür werden sie auch bald bereit sein, selbst das letzte „linke“ an ihrer Partei – konsequentes Eintreten gegen den Krieg – zu beerdigen.

Also was tun?

Bei vielen Menschen wurde das Vertrauen in das Parlament und in die dort vertretenen Parteien schon lange gebrochen. Trotzdem versuchen viele diese schon längst tote Beziehung wieder aufleben zu lassen, vielleicht sollten wir endlich den Schritt wagen und uns von der Stellvertreter-Politik im bürgerlichen Parlament trennen und selber für unsere Rechte und Interessen aktiv werden.

Wenn wir sehen, dass alle kapitalistischen Parteien letztendlich nur Politik für Reiche machen und an der eigenen Macht interessiert sind, dann müssen wir selbst ran und Antworten und Lösungen hervorbringen. Wir sollten aufhören, auf Stellvertreter zu hoffen und unser Schicksal selbst in die Hand nehmen. Dazu müssen wir unsere eigenen Organisationen schaffen, welche allein der Durchsetzung unserer Interessen als ausgebeutete ArbeiterInnen, SchülerInnen, Frauen, Jugendliche, MigrantInnen und RentnerInnen dienen und nicht denen der internationalen Großkonzerne.

Wer regiert uns eigentlich?

– Von Lisa Alex –

Die da oben machen doch sowieso was sie wollen!? Ein Satz, den man immer öfters zu hören bekommt. Aber wer sind denn die „da oben“? Wer hat die Macht? Sind es Merkel, Gabriel und Co? Sind es die Banken und Konzerne? Oder ist es gar eine geheime Gruppe, die eigentlich die Fäden in der Hand hält?

Schnell entsteht der Eindruck, dass die Parlamente und die Regierung eine Politik führen, die nicht im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung Deutschlands ist. Immer wieder bringen sie Gesetze durch, die direkt die Lebensbedingungen verschlechtern, wie die Agenda 2010 und die danach ansteigende Leiharbeit. Warum machen sie nicht, was gut für das Volk ist, wenn sie doch als dessen Vertreter gewählt sind? Wem nutzt diese Politik? In erster Linie nutzt diese Politik den Unternehmern, also den Kapitalisten. Leiharbeit etwa verschafft ihnen einen höheren Profit, da geringere Löhne ge-

zahlt werden. Gleichzeitig verarmt ein Großteil der Bevölkerung.

Große Konzerne und Banken bestimmen die Politik der Regierung und der Parlamente. Das geschieht auf verschiedene Weise. Sie bestechen die Parteien, die im Bundestag sitzen, durch Spenden.

Große Konzerne und Banken bestimmen die Politik der Regierung und der Parlamente.

Entweder in Form von Parteispenden, wie beispielsweise die Spenden von Familie Quandt im Oktober 2013 in Höhe von insgesamt 690.000€ an die CDU. Die Quandts besitzen Anteile an BMW und haben mit ihrer Spende direkten Einfluss auf die Regelung zu Abgasnormen für Autos in Europa genommen. Aber auch durch verdeckte Spenden finanzieren Unter-

nehmen die Parteien.

Zum sogenannten Sponsoring gehört unter anderem, dass Unternehmen sich bei Parteiveranstaltung einkaufen. Sie mieten etwa Stände an und zahlen dafür Gebühren in Höhe von mehreren tausend Euro. So gelangen mehrere Millionen Euro im Jahr von Unternehmen in die Kassen der Parteien.

Nicht nur durch Bestechung lenkt die Kapitalistenklasse die Politik der Regierung. Sie arbeitet auch ihr politisches Programm aus. Der „Bundesverband der Deutschen Industrie“ (BDI) gibt sogenannte Handlungsempfehlungen zur nächsten Wahlperiode heraus, die konkrete politische Maßnahmen für die Regierung beinhalten, deren Umsetzung in ihrer Regierungszeit gefordert wird.

Auch die soziale Herkunft der Mitglieder der Regierung verrät schon einiges. Die große Mehrheit von ihnen waren keine ArbeiterInnen. Sie kommen aus reichen

